



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

die europäischen Betriebsräte internationaler Konzerne müssen in Zukunft früher und umfassender informiert werden. Das hat nun offensichtlich auch die Europäische Kommission begriffen. Leider bedurfte diese Einsicht erst der Airbus-Krise und der geplanten Schließung des Nokia-Werks in Bochum. Die europäischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind nun aufgefordert zu klären, wer die Federführung bei der Überarbeitung der Richtlinie für Euro-Betriebsräte übernimmt. Die Sozialpartner können sich selbst ans Werk machen oder der EU-Kommission den Vorschlag zur Novellierung überlassen. Während die Arbeitgeber seit Jahren versuchen, eine Stärkung der Euro-Betriebsräte zu verhindern, setzt sich die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament mit Nachdruck für eine Ausweitung der Informations- und Anhörungsrechte ein. Um zu vermeiden, dass die Belegschaften in Europa gegeneinander ausgespielt werden, müssen sie sich noch viel besser vernetzen können.

Mit besten Grüßen

Neue Wirtschaftspolitik gefordert

Mit großer Mehrheit hat sich das Europäische Parlament für eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Europäischen Union ausgesprochen. Die Sozialdemokratische Fraktion setzte damit - gegen den Widerstand der EU-Kommission - ihre Forderung nach Änderungen der Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung im Rahmen der Lissabon-Strategie durch. Die Europaabgeordneten erwarten nun Taten.

Die Leitlinien müssen Antworten auf die reale wirtschaftliche und soziale Situation geben. Die europäischen Wachstumsprognosen sind um einen Prozentpunkt gesunken. Investitionen in Forschung und Entwicklung hinken weit hinter den vereinbarten Zielen hinterher. 70 Millionen Menschen in der EU sind von Armut bedroht. Gleichzeitig ist die Zahl von prekären Jobs stark gestiegen.

Die Forderungen der Sozialdemokraten sind deshalb klar: mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in qualitativ hochwertige Bildung für alle; eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft durch mehr Energieeffizienz sowie den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien; eine bessere Aufsicht der Finanzmärkte; Mindestlöhne und bessere Jobs in ganz Europa; sowie freier Zugang zu hochwertigen und bezahlbaren sozialen Dienstleistungen.

Die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Leitlinien sind ein wichtiges Steuerungsinstrument. Daher müssen sie anpassungsfähig sein. Wenn sich die EU-Kommission angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Situation Europas mit Händen und Füßen gegen Änderungen an den Leitlinien wehrt, so belegt dies einen Mangel an politischer Führung.

Vertragsratifizierung hat begonnen

Das Europäische Parlament hat sich mit großer Mehrheit für den Lissabon Vertrag ausgesprochen. Er stellt die Europäische Union auf eine neue Grundlage und sorgt für mehr Demokratie und Mitsprache. Neben Frankreich haben bereits Ungarn, Slowenien, Malta und Rumänien den Vertrag ratifiziert.

Es gibt jedoch auch Anlass zur Sorge. So ist der Lissabon Vertrag noch nicht in allen EU-Mitgliedstaaten ausgemachte Sache. In der Slowakei etwa ist er zum Spielball innenpolitischer Auseinandersetzungen geworden. Und in Irland ist ein Referendum geplant, dessen Ausgang ungewiss ist. Die Gegner einer vertieften europäischen Integration versuchen deshalb, ihre Kräfte in Irland zu bündeln, um den Vertrag zu Fall zu bringen.

Der Bundestag plant die Ratifizierung noch vor der Sommerpause. Allerdings gibt es einen Streit über die Verfassungskonformität des Begleitgesetzes. Das Problem soll jedoch mit einer Grundgesetzänderung gelöst werden.

Fit für Europa?

Unter allen richtigen Antworten zu der folgenden Frage die uns per E-Mail **bis Ende der nächsten Woche** erreichen, verlosen wir zwei Frühstückstassen.

Frage: Welches sind die beiden europäischen Kulturhauptstädte 2008?

- a) Liverpool & Stavanger
- b) Frankfurt & Barcelona
- c) Essen & Marrakech

Die Gewinnerin vom letzten Mal ist **Dorothea Ender** aus **Rockenberg**. Die SPD erzielte bei der Hessenwahl 36,7 Prozent.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de